Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Verena Osgyan** und **Fraktion (GRÜ)**,

Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Dr. Paul Wengert, Franz Schindler, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Volkmar Halbleib, Ruth Müller SPD

Kommunen in ihrem Einsatz gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus stärken - Weiterentwicklung des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus 9

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in Ergänzung zu den Maßnahmen, die aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ gefördert werden, ein Modellprojekt zur Stärkung der Kommunen in ihrem Einsatz für demokratische Werte und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus aufzulegen.

Das Modellprojekt richtet sich insbesondere an kleinere und mittlere Kommunen und folgt dem konzeptionellen Ansatz des „Community Coaching, der vom Zentrum Demokratische Kultur (ZDK) entwickelt und in zahlreichen Kommunen – insbesondere in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern – erprobt wurde.

Dieser Ansatz sieht vor, die beteiligten Kommunen dabei zu unterstützen,

- unter wissenschaftlicher Anleitung die Wahrnehmungen und Hinweise vor Ort zu einer wissenschaftlich-fundierten Lageeinschätzung zu den Problemfeldern Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zusammenzufügen
- im Sinne der Akzeptanz der erstellten Lageeinschätzung eine offene Debatte mit allen Interessierten vor Ort über deren Ergebnisse zu initiieren
- sich an bereits bestehenden best-practice-Modellen auf kommunaler Ebene, wie insbesondere der „Münchner Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, zu orientieren und
- auf dieser Grundlage einen Aktionsplan zu formulieren, diesen umzusetzen und seine Wirkung nach drei Jahren zu evaluieren.

Nach Abschluss des Modellprojekts ist dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport über die Ergebnisse zu berichten.

Begründung:

In seiner schriftlichen Stellungnahme zur Anhörung des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport zur Weiterentwicklung des „Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus“ am 19. Oktober 2016 regte Prof. Dr. Dierk Borstel von der Fachhochschule Dortmund an, die bayerischen Kommunen in ihrem Einsatz für demokratische Werte und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu stärken. Explizit forderte er einen kommunalen Handlungsansatz, der „an den konkreten Potentialen der jeweiligen Orte sowie deren konkreten Problemen ansetzt.“ Die Notwendigkeit entsprechender Maßnahmen begründete er folgendermaßen:

„Die Kommune ist ein Ort der unmittelbaren, politischen Auseinandersetzung. Hier begegnen sich unterschiedliche politische Gruppen und Menschen mit ihren Ideen, Einstellungen und Plänen konkret, von Angesicht zu Angesicht. Dies gilt auch für rechtsextreme Erscheinungsformen wie Parteien, Jugendgruppen oder Kameradschaften. Wo sie existieren und wirken, kann die Auseinandersetzung mit ihnen nicht mehr abstrakt oder aus sicherer Entfernung erfolgen. Es braucht somit als Mosaikstein einer Gesamtstrategie der Rechtsextremismusbekämpfung, auch explizit kommunale Handlungsansätze für lokale Akteure und Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus vor Ort engagieren wollen.“

Einige größere Kommunen in Bayern – insbesondere die Landeshauptstadt München – haben bereits umfassende eigene Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit entworfen und umgesetzt. Kleinere und mittlere Kommunen sind allerdings ebenfalls mit demokratie- und menschenfeindlichen Entwicklungen konfrontiert. Aufgrund begrenzter Ressourcen sind sie in ihrem Einsatz für demokratische Werte und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus jedoch auf die (finanzielle) Unterstützung des Freistaats angewiesen. Um Kommunen die Möglichkeit zu geben, ihr Engagement für eine weltoffene, demokratische, moderne und friedliche Gesellschaft zu verstärken, ist deshalb ein Modellprojekt aufzulegen, das betroffenen und interessierten Kommunen die Möglichkeit bietet, konkrete Aktionspläne zu entwickeln und umzusetzen.